



STADTRATSFRAKTION MAINZ

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46

55116 Mainz

Zimmer 2.066

Tel. 0 61 31 - 12 39 14

Fax 0 61 31 - 12 39 13

Mainz, 27.01.2022

## Antrag 0171/2022 zur Sitzung Stadtrat am 09.02.2022

### Solidarität statt Gleichgültigkeit - Masken-Soforthilfe für einkommensschwache Menschen (DIE LINKE)

Die Coronapandemie und die damit verbundenen Einschnitte treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Die bereits existierende Benachteiligung durch das deutsche 2-Klassen-Gesundheitssystem und die viel zu geringen „existenzsichernden“ Sätze wird durch die Notwendigkeit, sich und sein Umfeld vor dem Coronavirus in seinen verschiedenen Varianten zu schützen, noch drastisch verschärft.

Zuletzt waren im Hartz IV-Regelsatz für medizinischen Produkte ohne Rezept 2,63€ im Monat vorgesehen. **Für die gesamte Gesundheitspflege erhielten alleinstehende ALGII-Empfänger:innen lediglich 17,02€ pro Monat.** Das ist, ganz besonders während einer Pandemie, viel zu wenig. Zu wenig haben aktuell nicht nur alleinstehende Hartz IV-Empfänger:innen, sondern alle Empfänger:innen von existenzsichernden Leistungen. Dazu gehören auch die so genannten „Aufstocker“, Menschen in Mindestrente, Geflüchtete und Empfänger:innen von Wohngeld. Darüber hinaus haben auch Bezieher:innen von Zahlungen nach BAföG und Berufsausbildungsförderung mit den Kosten der Hygieneartikel zu kämpfen.

Wann die Pandemie tatsächlich als beendet erklärt und Masken, Tests und Desinfektionsmittel nicht mehr in großen Mengen benötigt werden, vermag aktuell niemand ernsthaft vorherzusehen. Es ist höchste Zeit, einkommensschwachen Menschen bei der Bekämpfung der Pandemie unter die Arme zu greifen, denn für sie kann es in Zukunft noch schwieriger werden.

Mehrere Bundesländer haben bereits Regelungen erlassen, die eine FFP2-Maske zur Teilhabe erfordern. In Baden-Württemberg und dem Saarland wurde beispielsweise kürzlich eine FFP2-Maskenpflicht im ÖPNV und im Einzelhandel beschlossen. Dies ist eine weitere Herausforderung für Menschen mit geringem Einkommen, denn **Menschen mit geringem Einkommen sind laut** einer Studie des Instituts für angewandte Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin vom Dezember

2020 **besonders oft auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen**. Damit erhöht sich, besonders zu Stoßzeiten, die Gefahr mit einer infizierten Person im selben Fahrzeug zu sitzen.

FFP2-Masken sind während der Ausbreitung der Omikronvariante besonders wichtig. Das Max-Planck-Institut hat berechnet, dass das Infektionsrisiko für Omikron geringer sei als bei Delta, wenn jeder einen Mund-Nasen-Schutz trägt. Dabei fiel besonders auf, dass das Infektionsrisiko beim Tragen einer OP-Maske etwas unter zehn Prozent lag, während das **Infektionsrisiko beim Tragen einer FFP2-Maske bei weniger als ein Promille lag**.

FFP2-Masken sind allerdings nicht beliebig wiederverwendbar. Eine Reinigung der Masken ist aufgrund der enthaltenen Kunststoffteile kompliziert. Das Robert-Koch-Institut hat bereits erklärt, dass **FFP2-Masken nur im Notfall wiederverwendet werden dürfen**.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Preise für FFP2-Masken in Zukunft steigen werden und es so Menschen mit geringen Einkommen noch schwerer fallen wird, die Gesundheit ihrer Freunde und Familie zu schützen. Hinzu kommt, dass Masken für Kinder oftmals teurer als „normale“ FFP2-Masken sind. Die Kommunalpolitik sollte ihre einkommensschwachen Bürger nicht ihrem Schicksal überlassen und auf Veränderungen auf Bundes- oder Landesebene hoffen. Die Menschen brauchen jetzt Hilfe. Eine Vergabe von zehn FFP2-Masken pro Person kann für Menschen mit geringem Einkommen schon eine erhebliche Entlastung darstellen. Eine unkomplizierte Bereitstellung ist jetzt notwendig.

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Die Stadtverwaltung stellt allen Inhaber:innen des „MainzPasses“ so schnell wie möglich 10 FFP2-Masken (oder vergleichbarer Standard) zur Verfügung. Die Inanspruchnahme soll möglichst unkompliziert und wohnortnah abrufbar sein.
2. Es soll auch sichergestellt werden, dass zukünftige Nutzer:innen des „MainzPasses“, dessen Beantragung aktuell noch in Bearbeitung ist, sowie zukünftige Antragsteller:innen die kostenfreien Masken in Anspruch nehmen können.
3. Empfänger:innen von BAföG-Leistungen oder Berufsausbildungsförderung, die in Mainz wohnhaft sind, sollen ebenfalls Anspruch auf 10 FFP2-Masken haben .

Tupac Orellana

(Fraktionsvorsitzender)